

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 28/19-23) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 15.07.2021,
als GoToMeeting-Videokonferenz von 19:00 bis 21:40 Uhr

Anwesend:

Merle Andersen	Melanie Morawietz	Britta Schmidt (ab 19:15 Uhr)
Ulrike Heuer	Ingo Mose	Wolfgang Schnecking
Anke Maurer	Janne Müller	Ramona Seeger
Bithja Menzel	Jens Oppermann	Renee Wagner
Robert Mero	Johannes Osterkamp	Annette Yildirim

fehlend: Tuğba Böhrnsen (e), Wolfgang Meyer

Gäste: Fr. Biermann (Senatorin für Kinder und Bildung/SKB), Fr. Ahrens (Vorsitzende des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“ der Deputation für Kinder und Bildung; beide zu TOP 3); Vertreter:innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Mathias Reimann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt. (einstimmig)

Die Beschlussfassung zu diesem und den nachfolgenden Punkten erfolgt jeweils per Einzelabfrage in alphabetischer Reihenfolge; zugleich wird die Beschlussfähigkeit der Sitzung bestätigt.

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

Ein Bürger kritisiert die Einrichtung der Baustelle auf der Langemarckstraße. Er habe beobachtet, dass Rettungsfahrzeuge Umwege fahren mussten, obwohl im betroffenen Bauabschnitt keine Arbeiten stattfanden. Er regt eine Nachbereitung an, um derartige Situationen zukünftig zu vermeiden.

- **Berichte der Beiratssprecher**

Der Beiratssprecher nimmt Bezug auf den [Beschluss vom 26.11.20](#) und berichtet, dass dazu ein sehr guter Austausch mit der senatorischen Behörde stattgefunden habe. Sämtliche Baumstandorte seien begutachtet und die Rahmenbedingungen für mögliche Nachpflanzungen geprüft worden.

Weiter berichtet er von Nachfragen aus der Bevölkerung zur Erreichbarkeit des Polizeireviere.

Der Vertreter der Polizei erläutert, dass die zentrale Rufnummer 362-0 durchgängig erreichbar sei, vorübergehend könnten aber alle Leitungen besetzt sein. Die Kontaktdaten der Kontaktpolizisten sind [online kürzlich aktualisiert](#) worden, die Bürgersprechstunde wird bald wieder angeboten.

Der stellvertretende Beiratssprecher erzählt von einem Ortstermin an der Karl-Lerbs-Straße. Dieser fand gemeinsam mit der Initiative SiWeKi statt und sollte abermals auf die gefährlichen Verkehrssituationen für Schulkinder hinweisen (hierzu Beiratsbeschlüsse vom [03.03.20](#), [21.09.20](#) und [08.06.21](#)).

Abschließend wird kurz zum Thema „Besetzung der Dete“ berichtet (hierzu: [Pressemitteilung Polizei](#)).

- **Berichte des Amtes**

Am 09.09. wird in der Mainstraße (zwischen Langemarck- und Friedrich-Wilhelm-Straße) eine neue [temporäre Spielstraße](#) eingeweiht. Gleichzeitig findet die [24. Bremer StraßenSpielAktion](#) statt.

An der Neuenlander Straße wurden Nester des Eichenprozessionsspinners gefunden, die in Kürze entfernt werden. Weitere Informationen finden sich [auf den Seiten des Gesundheitsamtes](#).

TOP 3. Stellungnahme zu geplantem Kita-Standort Franz-Grashof-Str. 4-8

Die Vorsitzende erläutert, dass die Bitte um Stellungnahme kurzfristig eingegangen sei. Die [Deputation für Kinder und Bildung bereits am 30.06. dazu beraten](#).

Die Vertreterin der SKB stellt die Planungen [anhand einer Präsentation](#) vor, geht dabei auf Betreuungsbedarfe ein und erläutert die Vorteile des Standortes. Der größte Vorteil sei jedoch die schnelle Umsetzbarkeit: die Fertigstellung sei in 12 Monaten nach Erteilung der Baugenehmigung möglich.

Die Vorsitzende des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“ erläutert kurz die Position der Deputation. Diese sei der Beschlussempfehlung gefolgt und habe sich für eine Umsetzung des Standortes – vorbehaltlich eines positiven Beiratsvotums – ausgesprochen.

Einige Mitglieder des Ausschusses Soziales, Bildung, Jugend berichten von einem Ortstermin an der Franz-Grashof-Straße. Der Standort erscheine nicht ideal, da er abseits von Wohnbebauung liegt und schlecht mit dem ÖPNV erreichbar sei. Zudem herrsche dort ein hohes (Anliefer- und Waren-)Verkehrsaufkommen, da der Bereich hauptsächlich von Gewerbetrieben geprägt sei. Aufgrund des hohen Bedarfes an Kita-Plätzen könnte über diese Probleme hinweggesehen werden, jedoch müssten diese dringend und frühzeitig vor Fertigstellung der Kita gelöst oder zumindest abgemildert werden. Weitere Nachfragen aus dem Beirat beziehen sich auf die konkrete Ausstattung und insbesondere auch die Planung der Außenanlagen der Kita.

Auch wird die späte Beiratsbeteiligung kritisiert. Es sei kaum möglich gewesen sich ein Bild von der Situation zu machen. Zudem erbittet der Beirat künftig eine frühzeitige Übersendung der Bewertungsmatrix zur Standortwahl, die auch der Deputation vorliegen.

Die Vertreterin der SKB bittet für die Kurzfristigkeit um Verständnis – der Standort sei auch ihr erst kürzlich bekannt geworden. Sie sichert zu, die Bewertungsmatrix künftig zur Verfügung zu stellen und sich – soweit möglich – früher an den Beirat zu wenden. Sie erneuert ihr Angebot, den aktuellen Stand zur Kindertagesbetreuung in einer Beirats- oder Ausschusssitzung vorzustellen, dies sei aufgrund der Corona-Pandemie leider lange nicht mehr erfolgt.

Zu den konkreten Fragestellungen zur Umsetzung bzw. zur baulichen Ausstattung könne sie zum jetzigen Zeitpunkt noch keine belastbaren Aussagen treffen.

Der Beiratssprecher stellt klar, dass der Beirat den Ausbau der Kindertagesbetreuung sehr befürwortet und dieser angesichts der zahlreichen Bauprojekte (Scharnhorst-Areal, Kornquartier, usw.) dringend erforderlich sei. Er merkt aber auch an, dass sich trotzdem kritisch und rechtzeitig mit jedem Standort befasst werden müsse. Gerade wenn Probleme offenkundig seien, müssten diese bereits im Vorfeld und so früh wie möglich angegangen und geklärt werden.

Mehrere Beiratsmitglieder sprechen sich abschließend dafür aus, dass der neue Kita-Standort eng durch den Beirat begleitet und in seinen Ausschüssen thematisiert wird.

Der Beirat nimmt die Umsetzungsempfehlung zur Kenntnis.

TOP 4. Stellungnahme zu Um- und Neubauten der [Hochschule Bremen \(Gr. Johannisstraße\)](#)

Die Sprecherin des Ausschusses Umwelt, Bau, Mobilität und der Beiratssprecher bringen den Antrag ein und betonen, dass der Beirat zukünftig – insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben – verstärkt auf ökologische und nachhaltige Bauweise achten werde.

Beschluss: Der Beirat Neustadt kann dem Bauvorhaben der Hochschule auf Grundlage der präsentierten [Fakten aus der Sitzung vom 17. Juni 2021](#) nach wie vor nicht zustimmen. Auch wenn eine Intensivierung der Klimaanpassungsmaßnahmen für den Erweiterungsbau der Hochschule Bremen geplant ist, fehlt dem Beirat eine verbindliche Gebäudeökobilanz. Diese könnte die Gesamtheit der CO₂-Emissionen darstellen und darüber hinaus entscheidende Angaben zum gesamten Lebenszyklus der Gebäude von der Rohstoffgewinnung über den Transport bis hin zur möglichen Entsorgung der eingesetzten Materialien machen.

Der Beirat stützt seinen Entschluss zum einen auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung (siehe [Anlage 1](#)), die sich dazu verpflichtet hat beim Bau öffentlicher Gebäude der Konzepte von Null-/Plusenergiehäusern anzunehmen und vorrangig ökologische bzw. recycelte Baustoffe einzusetzen. Zum anderen hat der Beirat Neustadt sich 2019 selbst auferlegt, zukünftig bei allen Beschlüssen zu berücksichtigen, welche Auswirkungen bestimmte Vorhaben in Bezug auf die Klimakrise haben (siehe [Anlage 2](#)). Nach seiner [ausführlichen Stellungnahme vom 11.02.2021](#) begrüßt der Beirat ausdrücklich die Umwandlung versiegelter Flächen in Grünflächen unmittelbar vor dem Gebäude und

den Erhalt vorhandener Bäume sowie Neupflanzungen als Maßnahmen einer klimaangepassten Bauweise in der Stadt. Auch eine ausgeweitete Dach- und Fassadenbegrünung trägt zum gesunden Stadtklima bei; Regenwassermanagement und eine gute Fußwegeverbindung vom Neustadtwall zur Großen Johannisstraße sind weitere wichtige Aspekte. Allerdings erwartet der Beirat von der Hochschule, an nachhaltige Vorzeigeprojekte, die aus der Hochschule selbst heraus initiiert worden sind, anzuknüpfen, die eigene Expertise und Innovationskraft auf dem Gebiet einer klimafreundlichen Architektur zu nutzen und belastbare, tieferegehende Fakten für den eigentlichen Bau zur Verfügung zu stellen – inklusive ambitionierter Angaben bezüglich einer CO₂-Bilanz. Er fordert eine erneute Prüfung alternativer Baustoffe. Dabei würde möglicherweise die vom Beirat anfangs kritisierte Verwendung von Aluminium als konkurrenzfähige Option erscheinen – solange es sich um recyceltes Material handelt. Zusätzlich fordert der Beirat, dass bei der vorgesehenen Testung verschiedener farblicher Außenelemente den hellen Flächen der Vorzug gegeben werden soll, um einer unnötigen Aufheizung des dicht bebauten Quartiers vorzubeugen. Als denkbare Alternative zur Außengestaltung schlägt der Beirat vor in Erwägung zu ziehen, die gesamte Fassade als Fläche zur Energiegewinnung (Photovoltaik) zu nutzen. (einstimmig)

TOP 5. Stellungnahme zu „Parken in Quartieren“

Die Sprecher:innen der Ausschüsse Umwelt, Bau, Mobilität und Sozialökologische Stadtentwicklung stellen den Antrag vor. Dabei merken sie an, dass der Beirat zum [Entwurf des Mobilitätsortsgesetzes](#) noch gesondert Stellung nehmen wird.

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt grundsätzlich die geplanten Maßnahmen des vorgelegten Konzeptes in den Bereichen „Ordnung des ruhenden Verkehrs“, „Verstärkte Parkraumüberwachung“, „Reduzierung des Parkdrucks“ und „Parkraumbewirtschaftung“. Die Einführung und Umsetzung der Parkraumbewirtschaftung haben Konsequenzen für alle Menschen in den betroffenen Quartieren. Wir als Beirat entscheiden nicht nur mit, ob das Anwohner:innenparken eingeführt wird – es ist uns auch ein großes Anliegen, die Anwohner:innen in den Prozess einzubinden. Daher müssen wir sicherstellen, dass die Bürger:innen vollumfänglich mitgenommen werden. Eine direkte Bürger:innenbeteiligung ist dringend geboten, um die Akzeptanz vor Ort her- und dauerhaft sicherzustellen. Die Kosten sollen sozial verträglich sein, denn Parken in den Quartieren muss für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel bezahlbar bleiben.

Als Stadtteil der von dem Parkplatzdruck und einer oft unsicheren, behindernden Verkehrssituation besonders betroffen ist, benötigt die Neustadt zeitnah diese neuen Konzepte. In vielen Straßenzügen ergibt sich eine Situation, die nicht der Straßenverkehrsordnung entspricht. Die Erreichbarkeit für Müll- aber auch Rettungsfahrzeuge ist oft ebenso wenig gegeben wie die Barrierefreiheit und Überschaubarkeit der Verkehrssituation. Vor allem das Zuparken von Fahrradwegen und gewohnheitsmäßige Parken auf den Gehwegen, das dazu führt, dass beide Straßenseiten belegt werden, ist nicht hinnehmbar. Die aufeinander abgestimmten Maßnahmen des Konzeptes Parken im Quartier können die Lage für einen Großteil der Verkehrsteilnehmenden erheblich verbessern.

Der Beirat fordert, folgende Aspekte bei der Umsetzung zu berücksichtigen:

Der Beirat begrüßt Maßnahmen für eine Verkehrswende für Alle. Im Sinne der Bürger:innenbeteiligung ist es dem Beirat überaus wichtig, dass alle betroffenen Anwohner:innen in die Entscheidung der Parkraumbewirtschaftung vor Ort eingebunden und mitgenommen werden. Da Parkraumbewirtschaftung quartiers- und teilweise sogar straßenbezogen höchst unterschiedliche Auswirkungen hat, fordern wir den Senat auf, zur Vorbereitung der Beschlussfassung des Beirats ein Beteiligungsverfahren zu initiieren, das gewährleistet, dass die Meinung der Anwohner:innen entsprechend einbezogen wird und dem Beirat als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden. In der von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau erstellten Prioritätenliste zur Einführung des Bewohner:innenparkens werden Teile des Hohentor, Buntentor und das gesamte Flüsseviertel einem höchsten, sehr hohen oder hohen Handlungsbedarf zugeordnet. Es sollte jedoch nicht jeder Teilbereich in den Ortsteilen bzw. Quartieren für sich angegangen werden, sondern deutlich großflächiger gedacht werden. Das würde zum einen den Verdrängungseffekten in unmittelbar angrenzenden Straßenzügen vorbeugen und zum anderen

eine bessere und konzentriertere Debatte im Stadtteil ermöglichen. Der Beirat sieht sehr hohen Handlungsdruck für die Neustadt und bittet daher die zuständigen Stellen, zu prüfen, ob nicht eine höhere Priorisierung für die als nachrangig eingestuften Quartiere sinnvoll ist.

Da die verschiedenen ineinandergreifenden Maßnahmen in einigen Quartieren auch zur Folge haben werden, dass weniger Parkraumfläche zur Verfügung steht, wären kompensatorische Maßnahmen wie z.B. Quartiersgaragen geboten, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen. Diese Angebote müssen möglichst vor der Verknappung der Parkplätze geschaffen werden.

Bei der Bemessung der Gebührenhöhe in den Parkraumbewirtschaftungszonen 44 sollten als Referenzrahmen in Größe und Bevölkerungsstruktur vergleichbare Städte wie Hannover, Nürnberg oder Dortmund zugrunde gelegt werden. Zudem fordert der Beirat Neustadt, dass mit der absehbaren Erhöhung der Preise für Bewohner:innenparken eine Aufwertung der betroffenen Quartiere einhergeht. Das kann in Form von mehr Straßengrün, Parkbänken oder auch Fahrradstellplätzen geschehen. Nicht nur weniger Verkehr, sondern auch die genannten Elemente bedeuten eine gesteigerte Aufenthaltsqualität in den Straßenzügen und bieten den Anwohner:innen ein insgesamt attraktiveres Wohnumfeld.

Um auch eine soziale Komponente in die soziale Staffelung der Bewohner:innenparkplätze zu integrieren und gleichzeitig den Aspekt der Familien angemessen zu berücksichtigen, vertritt der Beirat die Position, dass diejenigen Familien mit Kindern, die es wünschen, die Möglichkeit haben, in die niedrigste Gebührenstufe eingruppiert zu werden. Dabei sollte bei der Staffelung ein maximal dreistufiges System entwickelt werden.

Die Vergrößerung des Car-Sharing-Angebots wird vom Beirat Neustadt als ein zentraler Faktor gesehen, um Alternativen zum eigenen Auto zu schaffen. Für ein flächendeckendes Angebot sollte an den Orten, an denen noch kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist, eine Subvention geschaffen werden.

Die im Koalitionsvertrag angestrebten hundert Vollzeitkräfte zur Parkraumüberwachung sind essentiell, um das Maßnahmenpaket im Rahmen des Konzepts „Parken im Quartier“ wirkungsvoll zu etablieren.

Der Beirat Neustadt fordert dementsprechend eine Aufstockung der Verkehrsüberwachung im Stadtteil. Der Beirat Neustadt fordert, dass neue Erkenntnisse zur Akzeptanzsteigerung nach der Einrichtung von Bewohner:innenparken in Findorff und der Östlichen Vorstadt von vornherein in der Neustadt Anwendung finden. Zudem wird Unterstützung bei der Aufklärungsarbeit benötigt. Das neue Mobilitätsortsgesetz wird vom Beirat Neustadt als komplementäres Element zum hier behandelten Konzept wertgeschätzt. Der anteilige Ersatz der verpflichteten Stellplätze durch Maßnahmen des Mobilitätsmanagements wie Carsharing oder Zeitkarten verleiht den hier dargestellten Vorhaben zusätzliche Wirkung. (12 Ja-Stimmen, eine Enthaltung)

TOP 6. Beschlussfassung zu Verkehrsuntersuchungen (im Anschluss an [22.04.](#) + [17.06.](#))

Beschluss: Der Beirat Neustadt dankt der senatorischen Behörde für die Ausführungen zur o.g. Thematik auf der [Sitzung des Beirats am 17. Juni 2021](#). Die Ausführungen der Behörde haben die Sorgen des Beirats nicht entkräften können, dass mit den geplanten Maßnahmen im Bereich der Straßenzüge Martinistraße und Am Wall voraussehbar nicht unerhebliche Mehrbelastungen durch Verkehre in der Neustadt einhergehen werden. Der Beirat Neustadt vermisst weiterhin präzise Aussagen dazu, mit welchen Auswirkungen der Stadtteil konkret zu rechnen haben wird. Er fordert die Behörde deshalb dazu auf, Analysen zu folgenden drei Varianten der möglichen Entwicklung durchzuführen und nachzureichen:

- Analyse heutige Verkehrssituation
- Analyse Prognose-Null-Fall mit Einbahnstraße Am Wall
- Analyse Variante 1 mit Rückbau Martinistraße von 4 auf 2 Spuren, T-30 und Überholverbot Busse um die entsprechenden Werte anschließend miteinander vergleichen zu können. Der Beirat Neustadt bittet die senatorische Behörde um Auskunft dazu, bis wann die entsprechenden Daten dem Beirat zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt werden können.

(12 Ja-Stimmen, eine Enthaltung)

TOP 7. Beschlussfassung zum Lucie-Flechtmann-Platz

Der Beiratssprecher berichtet eingangs über einen Ortstermin auf dem Platz, der kürzlich mit Anwohner:innen und Vertreter:innen aller anderen Beteiligten-Gruppen stattgefunden habe. Dort seien zu einigen konkreten Punkten, die von Anwohner:innen kritisiert worden waren, Verabredungen getroffen worden, die nachgehalten werden sollen. Gleichzeitig sei deutlich, dass es bei der Nutzung des Platzes gelte, unterschiedliche Interessen abzuwägen – dazu wolle der Beirat nun Stellung nehmen.

Der Vertreter der Polizei bestätigt die gute Zusammenarbeit der Beteiligten und Fachleute vor Ort und betont, dass sich die Situation auf dem Platz aus polizeilicher Sicht inzwischen positiv darstelle. Dennoch bleibe der Platz weiter unter Beobachtung und bei Bedarf seien die Kontaktbeamten weiterhin ansprechbar.

Mehrere Beiratsmitglieder äußern ebenfalls ihre Unterstützung sowohl für das Urban-Gardening-Projekt als auch den Treffpunkt mit dem mobilen Unterstand.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt begrüßt und unterstützt weiterhin sowohl das Urban-Gardening-Projekt als auch den mobilen Unterstand für die Streetworker-Arbeit auf dem Lucie-Flechtmann-Platz.

Er schließt sich dem Brief seines Sprechers vom 18.02.2021 (siehe [Anlage](#)) an und stellt fest, dass in dem Termin vor Ort mit Anwohner:innen, Vertreter:innen der Polizei, der Inneren Mission, der Kulturpflanzen-Initiative, ortsansässiger Geschäftsleute, des Ortsamtes und Beiratsmitgliedern am 18.06.2021 keine neuen Erkenntnisse gewonnen wurden, die gegen einen Verbleib des Unterstandes auf dem Platz sprechen würden. Vielmehr haben alle beteiligten Fachleute den großen Bedarf für einen solchen Treffpunkt bestätigt. Sie heben hervor, dass der Unterstand und die Streetworker-Arbeit zu einer deutlichen Entspannung der Situation auf dem Platz geführt haben. Der Beirat fordert daher die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf, die Streetworker-Stelle langfristig und bedarfsgerecht abzusichern.

Ebenso hält der Beirat die Nutzung des Lucie-Flechtmann-Platzes durch die Urban-Gardening-Initiative weiterhin für eine Bereicherung der Neustadt und lädt alle Bürger:innen dazu ein, sich dort ebenfalls aktiv einzubringen. Der Beirat bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten für die gute und kompetente Zusammenarbeit. (einstimmig)

TOP 8. Beschlussfassung über Globalmittel: Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Neustadt (für Brandschutz-Übungstüren, Nr. 16/21)

Die Sprecherin des Ausschusses Kultur, Arbeit, Wirtschaft berichtet kurz von der Beratung im Ausschuss am 06.07.21, der eine Bewilligung des Antrages in voller Höhe empfohlen habe.

Beschluss: Der Beirat bewilligt Mittel in Höhe von 6.000,00 €. (einstimmig)

TOP 9. Beschlussfassung zur Aufstellung von Pflanzgefäßen in der Neustadtscontrescarpe

Beschluss: Der Beirat nimmt mit großem Bedauern das Ergebnis der Suchschachtungen an der Neustadtscontrescarpe zur Kenntnis, wonach die gewünschten drei Baumstandorte im Bereich zwischen den Hausnummern 108-120 aufgrund von Leitungsverläufen nicht verwirklicht werden können. Er begrüßt daher sehr die Initiative von Anwohner:innen zur Aufstellung von 2 Pflanzgefäßen auf den 2020 neu asphaltierten Flächen zwischen Gehweg und Fahrbahn ungefähr in Höhe der Hausnummern 112 + 118 und fordert das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) auf, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Zugleich stellt der Beirat fest, dass in diesem Bereich zu wenig Abstellmöglichkeiten für Fahrräder bestehen, und bittet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) bzw. das ASV, jeweils auf beiden Seiten der Pflanzgefäße Fahrradbügel aufzustellen. Der Beirat fordert überdies SKUMS auf, ein Konzept mit Vorschlägen zu erarbeiten, wie generell im Straßenraum an Orten, an denen, z.B. aufgrund von Leitungsverläufen, keine Baum-Neu- oder Nachpflanzungen möglich sind, dennoch das in Zeiten des Klimawandels dringend benötigte Grün in den Straßen geschaffen werden kann. Dies könnte beispielsweise durch die Aufstellung von nachhaltigen Pflanzgefäßen oder durch Entsiegelung weiterer Flächen im Straßennebenraum

geschehen, auf denen Wildblumen, Sträucher etc. wachsen können. Der Beirat Neustadt erklärt sich gerne bereit, versuchsweise entsprechende Projekte als Modell-Stadtteil aufzunehmen. (einstimmig)

TOP 10. Beschlussfassung zu weiteren Mitteln für [Piktogramme auf der Werderhöhe](#)

Beschluss: In Erweiterung seines [Beschlusses vom 22.04.2021](#) stellt der Beirat Neustadt aus seinem Stadtteilbudget Verkehr für die Anbringung eines Piktogramms „Tempo-30-Zone“ auf der Werderhöhe an der Einfahrt vom Niedersachsendamms sowie eines Piktogramms „Achtung spielende Kinder“ kurz vor dem Kreuzungsbereich zur Hubertushöhe Mittel in Höhe von insgesamt 2.400,00 € (einschließlich Folgekosten für 10 Jahre) zur Verfügung und bittet das Amt für Straßen und Verkehr um entsprechende Auftragserteilung. (13 Ja-Stimmen, eine Enthaltung)

TOP 11. Beschlussfassung zur Priorisierung der Beiratsarbeit

Seit mehreren Monaten hat der Beirat einen Leitfaden zur Priorisierung seiner Arbeit diskutiert. Auslöser dafür war zum einen die nicht auskömmliche personelle Ausstattung des Ortsamtes und zum anderen die Fülle an Themen und Entwicklungen im Stadtteil. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Sprecher:innen der Ausschüsse und dem Beiratssprecher, hat [einen Entwurf](#) vorgelegt.

Die Vertreterin der PARTEI [lehnt die vorgeschlagene Prioritätensetzung ab](#) und begründet dies insbesondere mit ihrer Haltung zur Befassung von Bauakten.

Ihr wird entgegnet, dass mit dem vorliegenden Vorschlag die seit 2016 geltende [Richtlinie „über die Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr mit den Beiräten und Ortsämtern“](#) umgesetzt werde.

Beschluss: Im Folgenden werden vier Bereiche benannt, für die der Beirat eine Prioritätensetzung vornehmen sollte.

1. Globalmittelanträge

Die Entscheidung über Globalmittelanträge hat für den Beirat höchste Priorität, da er hier das alleinige Entscheidungsrecht hat und mit den Globalmitteln wichtige Vorhaben für den Stadtteil unterstützt. Der Beirat hat zur Vergabe der Globalmittel eigene Kriterien festgelegt. Die Globalmittelanträge werden im zuständigen Fachausschuss beraten und entschieden, wenn die Antragssumme weniger als 4.000,- € beträgt. Bei Anträgen ab 4.000,- € erfolgt eine Vorberatung mit Beschlussempfehlung an den Beirat, der dann über den Antrag entscheidet.

Für die Entscheidung über Globalmittelanträge gibt es keine Fristen. Das oben beschriebene Entscheidungsverfahren ist daher grundsätzlich in jedem Fall einzuhalten. Abweichungen von diesem Verfahren dürfen nur erfolgen, wenn kein Beiratsmitglied dem widerspricht.

Das Beirätegesetz sagt zu den Globalmitteln in § 32 Abs. (3): „Im Haushaltsplan der Stadtgemeinde Bremen sind Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen zu veranschlagen.“ und in § 20 Abs. (1) Nr. 1 heißt es: „Der Beirat entscheidet über die Verwendung der Globalmittel für orts- und stadtteilbezogene Maßnahmen gemäß [§ 32 Absatz 3](#);“

2. Bürgerbeteiligung (incl. Jugend und Seniorenbeteiligung)

Das Thema Bürgerbeteiligung hat für den Beirat hohe Priorität. Diese drückt sich in verschiedenen Formaten aus, die dafür zur Verfügung stehen.

a) Etablierte Formate allgemein

Verschiedene formelle und informelle Formate der Bürgerbeteiligung (Einwohnerversammlungen, Bürgergutachten, Workshops etc.)

b) Entwicklung von Beteiligungsformate für ausgewählte Gruppen der Bevölkerung, die wir sonst eher weniger erreichen, für die es aber bereits institutionalisierte Beteiligungsformate auf gesamtstädtischer Ebene gibt:

Jugendbeirat (inkl. Kinder); Jugendförderung; Senior:innen; Migrant:innen

3. Aktuelle Stadtteilthemen

Aktuelle Stadtteilthemen haben für den Beirat Priorität.

- a) Entwicklung neuer Quartiere im Stadtteil: Scharnhorstquartier; Kornquartier; Hachezgelände; Neustadtsgüterbahnhof; Koch & Bergfeld-Areal; etc.
- b) Spielleitplanung: Stadtgestaltung für Kinder und Jugendliche; etc.
- c) Kulturprojekte: Summersounds; vis à vis Netzwerk; etc.
- d) Deicherhöhung links der Weser/Stadtstrecke

4. Stellungnahmen zu Anfragen der Verwaltung

Grundsätzlich haben Stellungnahmen zu Anfragen der Verwaltung geringe Priorität für den Beirat, da hier die Entscheidung letztlich nicht beim Beirat liegt. Anfragen der Verwaltung, die wichtige Stadtteilthemen betreffen, haben hohe Priorität für die Arbeit des Beirats. Stellungnahmen werden in der Regel in den zuständigen Fachausschüssen beschlossen. Bei Stellungnahmen von besonderer Bedeutung für den Stadtteil wird die Stellungnahme im Beirat beschlossen. Wenn eine Sitzung des Beirats oder des zuständigen Fachausschusses im Rahmen der Fristsetzung für die Stellungnahme nicht vorgesehen ist, soll eine Sondersitzung einberufen werden. Ist dies nicht möglich, kann eine Stellungnahme auch im Umlaufverfahren beschlossen werden. Dies setzt das Einverständnis aller Beirats- bzw. Fachausschussmitglieder und die Einigung auf einen möglichst breit getragenen Beschlussvorschlag voraus. Liegt dieses, ggfls. stillschweigend, vor, kann damit auch ausgeschlossen werden, dass Einzelne später – während des laufenden Verfahrens – die Beschlussfassung im Umlauf wieder „zurückholen“. Andernfalls gibt der Beirat keine Stellungnahme ab.

Umgang mit der Prioritätensetzung

Das Ortsamt erstellt für alle Beiratsmitglieder regelmäßig eine Liste über Vorgänge, die zur Stellungnahme vorliegen, sortiert nach Fristsetzung, Art der Stellungnahme und Themenbereichen. Anträge, Themen und Stellungnahmen werden in der vom Beirat festgelegten Rangfolge bearbeitet. Die Anträge, Themen und Stellungnahmen werden entsprechend der festgelegten Rangfolge auf die Tagesordnungen von Beirats- und Fachausschusssitzungen gesetzt. Anträge, Themen und Stellungnahmen, die nicht fristgerecht behandelt werden können, gehen mit dem Hinweis an die Verwaltung zurück, dass auf Grund der aktuellen Personalsituation im Ortsamt keine Befassung möglich war. Auf den Beiratssitzungen wird jeweils berichtet, wenn eine Befassung nicht möglich war. Anträge, Themen und Stellungnahmen werden von den Beiratsmitgliedern intensiv bearbeitet und zur Beschlussfassung vorbereitet.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fachausschüsse bereiten bei Bedarf die Fachausschusssitzungen inhaltlich und organisatorisch in Absprache und im Einvernehmen mit dem Ortsamt vor. Bauangelegenheiten, die nicht von öffentlichem Interesse sind, sollen ohne Befassung mit einem entsprechenden Hinweis direkt an die Verwaltung zurückgesandt werden. Dazu sind Kriterien vom Beirat zu entwickeln. Die Entscheidung über das öffentliche Interesse trifft nach Festlegung der Kriterien ein zusätzlich einzurichtendes Gremium bestehend aus der Ortsamtsleiterin, dem Beiratssprecher und den Sprecher:innen der Fachausschüsse „Umwelt, Bau und Mobilität“ sowie „Sozial-ökologische Stadtentwicklung“. (11 Ja-, 2 Nein-Stimmen, eine Enthaltung)

TOP 12. Genehmigung des Protokolls vom 20.05.2021 (Nr. 26/19-23)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird genehmigt (11 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 13. Verschiedenes ./.

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Mathias Reimann
Protokollführung